



Die tägliche Injektion!

Zeichnung: Sperling (entnommen aus Freie Erde)

Einen bezeichnenden Ausdruck findet all das in dem von der BRD-Regierung im Juli 1983 verabschiedeten Gesetzentwurf zur Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts, womit der bereits im Bismarckschen Obrigkeitsstaat gültige Strafbestand des sogenannten Landfriedensbruchs wieder eingeführt werden soll.

Bei dem neuen Gesetz ging es den Bonner Machthabern vor allem um einen Paragraphen. Er besagt, daß eine Demonstration, aus der heraus Gewalt entwickelt wird, auch gewaltsam aufgelöst werden kann. Die Teilnehmer an einer solchen Demonstration können, da sie „Gewalttäter“ sind, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Welche Handhabe damit für die Zerschlagung jeder friedlichen Demonstration gegeben ist, zeigt das Beispiel einer von der Friedensbewegung organisierten

Protestkundgebung gegen das Auftreten des USA-Vizepräsidenten G. Bush im Juni dieses Jahres in Krefeld. Ein von der Polizei als sogenannter V-Mann gedungenes Element warf aus dieser Kundgebung heraus Steine gegen die Polizei und gab so die Handhabe für ein brutales Einschreiten von Polizisten gegen friedliche Demonstranten.

Dieses Gesetz verfolgt, wie das Mitglied des Präsidiums der DKP, Kurt Bachmann, betonte, das Ziel, „die Friedensbewegung zu kriminalisieren. Betroffen aber wird die ganze Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, wenn sie, um ihre elementarsten Rechte zu verteidigen, gezwungen sein wird, auf die Straße zu gehen“. Auf eine eklatante Verletzung und weitere Aushöhlung des in der BRD-Verfassung verbrieften Demonstrations- und Versammlungsrechts und eine beispiellose Rechtfertigung der immer bruta-

ler werdenden Polizeieinsätze gegen Demonstranten läuft der - nach Baden-Württemberg nun auch in Bayern - eingeführte „Gebührenerlaß“ hinaus. Er verpflichtet demonstrierende Arbeiter, Lehrlinge, Studenten und alle anderen Teilnehmer, bei „Zusammenstoßen“ mit der Polizei deren Einsatz mit einer Gebühr von 40 DM pro Stunde zu bezahlen. Welch ein Hohn. Die Bürger der BRD, die für den Frieden, für die Erhaltung des Lebens, für die Sicherung sozialer Rechte und anderes auf die Straße gehen, sollen auch noch die Prügelgarde finanzieren, die das Monopolkapital zur Sicherung seiner Macht- und Profitinteressen und zur Durchsetzung seiner aggressiven Pläne benötigt.

Doch auch dies reicht den reaktionärsten Kräften des Monopolkapitals noch nicht aus. In deren „Demokratiekonzept“ gibt es, wie sie immer deutlicher zu verste-